

Globale Ungleichheiten und das Schließen und Öffnen nationaler Grenzen

Die politische und die wissenschaftliche Debatte über soziale Ungleichheit lässt eine wesentliche Dimension außen vor, wenn sie sich auf den nationalen Rahmen beschränkt und für die Struktur globaler Ungleichheiten blind bleibt. Aus soziologischer Sicht geht es dabei nicht nur um die offensichtlichen ökonomischen Disparitäten zwischen den Ländern des globalen Nordens und jenen des globalen Südens. Vielmehr gilt es zu erkennen, dass nicht alle Menschen im Rahmen „ihres“ Landes positioniert sind und dass sie um Zugänge zu Kontexten konkurrieren, in denen sie ihre Ressourcen einsetzen und in Lebenschancen verwandeln können.¹

ANJA WEIß

1 Der Elefant im Raum

Im Englischen spricht man vom *elephant in the room*, wenn ein Sachverhalt nicht zu übersehen ist, er aber in stillschweigendem Einvernehmen ignoriert wird, weil es zu heikel wäre, über ihn zu sprechen. Globale Ungleichheiten sind ein solcher Elefant, über den niemand reden will.

Über die Fakten wissen zwar alle Bescheid: Jeder zehnte Mensch – darunter viele Kinder – hat nicht genug zu essen.² Wenn man bedenkt, dass im Norden Nahrungsmittel weggeworfen werden, ist klar, dass es hier um existenzielle Ungleichheiten geht. Vergleiche zwischen Arm und Reich werden auch öffentlich thematisiert. Zum Beispiel war auf Plakaten zu lesen, dass eine einzelne hübsche Kette im Norden so viel kostet wie ein ganzer Brunnen im Süden.

Weniger eindeutig sind Antworten auf die Frage, warum Ungleichheiten so drastisch sind und wer wie gegen den Hunger in der Welt vorgehen könnte. Auf der einen Seite stehen neoliberale Modernisierungstheorien, die die geringe Produktivität im globalen Süden und schlechtes Regieren für die Hauptursachen des Problems halten (Collier 2007). Demzufolge wären Investitionen in Gesundheit und Bildung notwendig, und die Staatengemeinschaft müsste konstruktiv auf korrupte Regierungen einwirken. Dem entgegen die Kapitalismuskritik, dass die extremen

Ungleichheiten in der Welt durch koloniale Gewalt verursacht und durch anhaltende globale Ausbeutung verschärft würden (Boatcă 2015). Gemeinsam ist beiden Argumenten, dass sie eine Hilflosigkeit vieler Zeitgenossen³ und weltpolitischer Institutionen implizieren. „Wie soll ich die Malaria ausrotten, Assad absetzen oder den Völkermord an den Herero rückgängig machen?“, fragt sich die aufgeklärte Bürgerin im globalen Norden voll guten Willens. „Gut, dass Bill und Melinda Gates eine Stiftung gegen Malaria gegründet haben. Alles Weitere braucht wohl Geduld.“

Dieser Aufsatz vertritt die These, dass globale Ungleichheiten der Elefant im Raum sind, vor dessen Betrachtung sich nicht nur die Öffentlichkeit, sondern auch die Soziologie sozialer Ungleichheiten drückt. Das kollektive Ignorieren dieses Elefanten wird nicht in erster Linie als moralisch verwerflich kritisiert – obwohl es das natürlich auch ist. In der Tradition einer kritischen, aber nor-

1 Ich danke Olaf Groh-Samberg, Nepomuk Hurch, Nora Waitkus und Ariana Kellmer für wertvolle Hinweise.

2 Im Jahr 2016 waren weltweit 815 Millionen Menschen unterernährt, vgl. <http://www.fao.org/state-of-food-security-nutrition/en/> (letzter Zugriff: 15.12.2017).

3 Im Folgenden verwende ich abwechselnd die männliche und weibliche Form.

mativ enthaltsamen Sozialwissenschaft (Bourdieu et al. 1991) wird vielmehr argumentiert, dass sich anhaltende Konflikte über Grenzschießungen und das Erstarken des Rechtspopulismus im Norden besser verstehen lassen, wenn Veränderungen in der Struktur globaler Ungleichheiten berücksichtigt werden.

Im folgenden Abschnitt dieses Beitrags wird der Forschungsstand mit einem Fokus auf quantitativ empirischen Befunden dargestellt. Der dritte Abschnitt zeigt, dass nicht nur Einkommensunterschiede, sondern auch Ungleichheiten im Zugang zu gut ausgestatteten Kontexten zentral für eine soziologische Analyse globaler Ungleichheiten sind. Da Ressourcen nur im Verhältnis zu Kontexten zu Lebenschancen werden, sollte die Soziologie sozialer Ungleichheit nicht nur Konflikte und Kämpfe über die *Verteilung* von Ressourcen berücksichtigen, sondern auch *Statusordnungen, die den Zugang zu Kontexten regeln*. Ungleichheitsrelevante Kontextrelationen, die z. B. durch abgestufte Staatsbürgerschaftsrechte in der Welt oder durch Diskriminierung institutionalisiert sind, werden hier als sozial-räumliche Autonomie bezeichnet. Über ein hohes Maß an sozial-räumlicher Autonomie verfügen diejenigen, die sich in gut ausgestatteten sozial-räumlichen Kontexten befinden oder die diese erreichen können. Vor diesem Hintergrund argumentiert der vierte Abschnitt des Beitrags, dass der erstarkende Rechtsextremismus und die Unfähigkeit der Linken, sich mit den Privilegien nicht nur der Superreichen, sondern des Nordens insgesamt zu beschäftigen, den Elefanten im Raum verkennen. Eine Soziologie, so das Fazit, die über das aufklären will, was den Verhältnissen zu Grunde liegt, in denen wir leben, täte gut daran, sich mit den Elefantenforschern zu unterhalten.

2 Milanovics Elefantenkurve und das „Problem“ der Migration

Globale Ungleichheiten wurden und werden immer noch häufig über das Bruttonationalprodukt erfasst. Dabei handelt es sich um eine volkswirtschaftliche Maßzahl, die auch für arme Länder einigermaßen verlässlich berechnet werden kann, obwohl diese wenig Geld in die empirische Sozialforschung investieren. Um abzuschätzen, wie viel Geld einem Staatsbürger in etwa zur Verfügung steht, wird das Bruttonationalprodukt durch die Bevölkerungszahl geteilt.

Diese Vorgehensweise ist bewährt, aber bei genauerer Betrachtung wirft sie große Probleme auf. Konzeptionell ist zu kritisieren, dass für Länder mit hoher Ungleichheit ein Mittelwert berechnet wird, der z. B. die Weißen und die Schwarzen in Südafrika über einen Kamm schert. Außerdem suggeriert die Berechnung von Mittelwerten, dass Länder einen zentralen Rahmen für die Lebenschan-

cen ihrer Bewohnerinnen und Bewohner darstellen. Dass das problematisch ist, lässt sich gut am Index der menschlichen Entwicklung (Human Development Index – HDI) illustrieren, der neben dem Einkommensdurchschnitt auch die Bildungsbeteiligung und die durchschnittliche Lebenserwartung in einem Land berücksichtigt. Zum Beispiel hat die HIV-Epidemie die Lebenserwartung im südlichen Afrika drastisch verkürzt, sodass die Länder dort im HDI auf die letzten Plätze abgefallen sind. Die betreffenden Staaten verfügten aber weder über die Ressourcen noch über die politische Macht, um eine Versorgung der Bevölkerung mit Medikamenten sicherzustellen. Die im internationalen Vergleich übliche landesbezogene Indexbildung lenkt den Blick weg von den internationalen Institutionen und Machtverhältnissen, aufgrund derer vorhandene Medikamente für viele Patienten unbezahlbar waren. Auch jenseits von theoretischen Überlegungen ist das Bruttonationalprodukt problematisch. Empirisch erfasst es weder die informelle Ökonomie noch die Subsistenzwirtschaft. Genau dort jedoch werden die Einkommen armer Menschen generiert.

In allen diesen Punkten hat die Entwicklungsökonomie in den letzten Jahrzehnten große Fortschritte gemacht. Erstens hat sich die Datengrundlage verbessert, denn mittlerweile werden statt des Bruttonationalprodukts Haushaltssurveys verwendet, die Einkommen aus informeller (selbstständiger) Erwerbsarbeit miterfassen. Die Probleme mit Datenqualität und Vergleichbarkeit sind groß, aber man kann heute das Einkommen von etwa 90 % der Weltbevölkerung mit einem gewissen Anspruch auf Repräsentativität durch Haushaltserhebungen erfassen (Lakner/Milanovic 2016, S. 207ff.).

Zweitens wird der Bezugsrahmen „Land“ zunehmend hinterfragt. Der Ökonom und Philosoph Amartya Sen erhielt den Nobelpreis u. a. für das Argument, dass *capabilities*, zu Deutsch: Lebenschancen, im Zusammenspiel zwischen Personenmerkmalen und der Ausstattung von Umwelten entstehen (Sen 1999, S. 70f.). Um die Freiheit (*capability*) zu haben, sich angemessen zu ernähren, braucht eine Schwangere mehr Ressourcen als ein Greis. In einem Dürregebiet, das von Warlords und Epidemien beherrscht wird, trägt Bildung weniger zu Lebenschancen bei als an anderen Orten in der Welt. Außerdem sind *capabilities* mehrdimensional zu verstehen, sodass der Capability-Ansatz zunehmend auch von der Armut- und Reichtumsberichterstattung im Norden aufgegriffen wird, die neben dem Einkommen auch Gesundheit, Bildung, existenzielle Unsicherheiten und politische Partizipation berücksichtigen will (Arndt/Volkert 2011; CMEPSP et al. 2010). Allerdings ist das konzeptionell Originelle des Ansatzes mit der bestehenden Datenlage kaum abbildbar. Der schon erwähnte HDI des Entwicklungsprogramms der Vereinten Nationen soll z. B. mehrdimensionale *capabilities* darstellen, wird aber auf der Grundlage von Länderdurchschnitten gebildet, die u. a. auf dem Bruttonationalprodukt beruhen.

Im Unterschied zu Sen verzichtet der Weltbankökonom Branko Milanovic auf ein anspruchsvolles mehrdimensionales Konzept von Gerechtigkeit und befasst sich weiterhin nur mit der Einkommensungleichheit. Dafür hat er einen Weg gefunden, wie die empirische Forschung das Nivellieren von Ungleichheiten innerhalb von Ländern und den Rahmen des Nationalstaats überhaupt vermeiden kann. Im von Milanovic (2005, S. 9) vorgeschlagenen „dritten Konzept“ globaler Ungleichheiten wird das Einkommen von Personen in der Welt direkt miteinander verglichen. Mit Hilfe der bereits erwähnten Haushalts-surveys untersucht Milanovic sowohl, wo eine Person in der Einkommensverteilung ihres Landes steht, als auch, wo sie in einer Einkommensverteilung der Welt zu finden wäre. So wird sichtbar, dass in Ländern wie Südafrika oder auch Brasilien Durchschnitte sinnlos sind, weil in Brasilien sowohl die Ärmsten als auch die Reichsten der Welt leben (Milanovic 2012, S. 127; dt. in: Weiß 2017, S. 60). Hinsichtlich des historischen Trends zeigt Milanovic, dass die Berechnung über Bruttonationalprodukt fälschlich suggeriert, dass Ungleichheiten in den letzten Jahrzehnten drastisch zu- oder auch abgenommen hätten,⁴ während sich mit dem „dritten Konzept“ eines direkten Vergleichs von Personen in der Welt eine Konsolidierung auf sehr hohem Niveau andeutet (Milanovic 2016, S. 127ff.).

Besonders interessant sind die Arbeiten Milanovics aber wegen der von ihm selbst so genannten Elefantenkurve (2016, S. 18). In dieser berühmt gewordenen Grafik zeigt er für die 20 Jahre zwischen 1988 und 2008, wer in der Welt reale Einkommensgewinne erreichen konnte. Die Zugewinne sind inflationsbereinigt, und es geht um *relative*, nicht absolute Einkommensgewinne während der zwei Jahrzehnte vor der letzten Wirtschaftskrise.

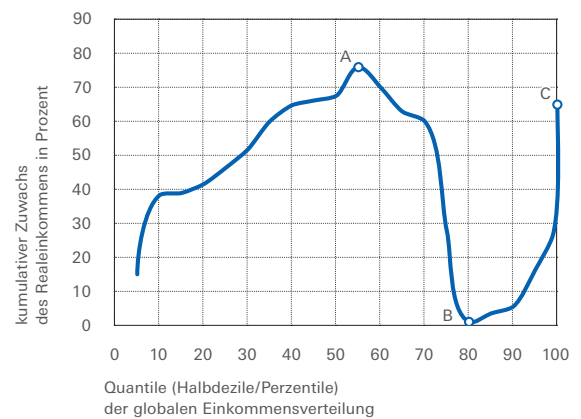
In *Abbildung 1*, die diese Elefantenkurve zeigt, sind drei Punkte markiert, die genauer diskutiert werden sollen. Der Punkt A steht für die Mitte der Welteinkommensverteilung, die sich in diesem Zeitraum stark verbessern konnte. Punkt B steht für die ärmere Hälfte in den reichen Ländern, die im Weltmaßstab zum reichsten Fünftel der Weltbevölkerung gehört. An diesem Punkt B waren in den besagten zwei Jahrzehnten keine realen Einkommenszuwächse zu beobachten. Das reichste eine Prozent der Weltbevölkerung (Punkt C) lässt sich mit diesen Daten kaum erfassen, aber Milanovic zeigt mit anderen Daten, dass hier *relational und absolut* extrem große Einkommenszuwächse zu beobachten sind.

Angesichts der Komplexität dieser Daten sind weitere Erläuterungen angezeigt. Wenn man das Einkommen nicht als Steigerung relativ zum Ausgangsniveau erfasst, sondern in absoluten Zahlen untersucht, wohin Einkommenszuwächse in der Welt gegangen sind, dann erhält die ärmere Hälfte im Norden (Punkt B) absolut gesehen immer noch deutlich mehr vom globalen Einkommenszuwachs als die Mitte der globalen Einkommensverteilung (Punkt A). Dieses Auseinanderklaffen zwischen denen, die *relativ* die größten Einkommenszuwächse verzeichnen

ABBILDUNG 1

Milanovics Elefantenkurve

Anstieg des realen Pro-Kopf-Einkommens
in Relation zum globalen Einkommensniveau, 1988–2008



Lesehilfe: Am Punkt B befinden sich Menschen, deren Einkommen im Weltmaßstab relativ gesehen hoch ist: Volle 80% der Menschen verdienen weniger als diejenigen am Punkt B, und nur 20% verdienen mehr (X-Achse). Die Y-Achse zeigt, dass das inflationsbereinigte Realeinkommen am Punkt B in den 20 Jahren zwischen 1988 und 2008 konstant geblieben ist.

Quelle: Milanovic 2016, S. 18

WSI Mitteilungen

(Punkt A), und jenen, die *absolut* noch mehr als Punkt A an Einkommen gewinnen (Punkt B), erklärt sich dadurch, dass die Mitte der Welteinkommensverteilung (Punkt A) auf einem extrem niedrigen Ausgangsniveau startet. Die 1000 bis 2000 Dollar pro Kopf im Jahr (ebd., S. 35), über die die Mittelschicht der Welt kaufkraftbereinigt⁵ verfügt, liegen deutlich unter dem Hartz-IV-Satz, der die Armen Deutschlands absichert. Bei einem derart niedrigen Ausgangsniveau können schon geringe absolute Einkommenszuwächse starke *relationale* Einkommenssteigerungen hervorbringen.

- 4 Wenn das Pro-Kopf-Einkommen zwischen Ländern ungeachtet ihrer Größe verglichen wird, hat die globale Ungleichheit drastisch zugenommen. Wenn bevölkerungsreiche Länder stärker gewichtet werden, hat die Ungleichheit aufgrund des ökonomischen Aufstiegs Chinas und Indiens deutlich abgenommen. Dass beide Schlussfolgerungen möglich sind, kann als weiterer Beleg für die konzeptionelle und empirische Unterentwicklung dieses Forschungszweigs angesehen werden.
- 5 Die Umrechnung zwischen Wechselkursen basiert auf Standardwarenkörben. Die resultierenden Kaufkraftäquivalente und standardisierten Dollars sind hoch umstritten (Korzeniewicz/Moran 2009, S. 98f.; Pogge 2009). Eine Umrechnung nach Kaufkraftäquivalenten macht aber deutlich, dass der Konsum der indischen Mittelschicht deutlich unter dem von deutschen Sozialhilfeempfängenden liegen muss, denn bei der Berechnung wird berücksichtigt, dass die Preise in Indien niedriger sind.

Anzumerken ist außerdem, dass sich im Jahr 2008 nicht dieselben Menschen am Punkt B befinden wie im Jahr 1988 (Lakner/Milanovic 2016, S. 221f.). Mittlerweile dürften etliche Chinesen am Punkt B angekommen sein. Die Daten bedeuten also nicht, dass niemand in der unteren Hälfte des Nordens Einkommenszuwächse hatte, sondern die Elefantenkurve stellt eine sehr grobe Tendenzangabe dar, die sichtbar macht, dass die relativen Zuwächse in der Welt ungleich verteilt sind.

Betrachtet man die neueren empirischen und konzeptionellen Arbeiten aus der Entwicklungsökonomie zusammenfassend, so wird deutlich, dass Ungleichheitsanalysen nicht notwendigerweise im Rahmen von Nationalstaaten und ihrer aktuell dort lebenden Bevölkerung erfolgen müssen. Zwar erschwert die Datenlage alternative Konzeptionen globaler Ungleichheiten, denn Haushalts-surveys und andere Datensätze werden überwiegend im Rahmen von Ländern erstellt. Jedoch gelingt es der Ökonomie zunehmend, nationale volkswirtschaftliche Durchschnittswerte um den direkten Vergleich von Personen und ihren Einkommen in der Welt zu ergänzen.

Der direkte Vergleich zwischen allen Menschen nimmt den methodologischen Nationalismus der ländervergleichenden Ungleichheitsforschung ein Stück weit zurück. Allerdings entsteht so der Eindruck einer „flachen Welt“ (*flat globalism*), in der Ländergrenzen gar keine Rolle mehr spielen. Tatsächlich ist die Welt aber nicht „flach“, sodass der direkte Vergleich zwischen allen Menschen in der Welt die Bedeutung des Nationalstaats für globale Ungleichheiten ähnlich verkennt wie nationale Durchschnittswerte. Eine soziologische Perspektive auf globale Ungleichheiten wird daher das Plädoyer Amartya Sens für eine kontextrelationale Analyse von *capabilities* aufgreifen müssen.

3 Sozial-räumliche Autonomie als Strukturdimension globaler Ungleichheiten

Amartya Sens Capability-Ansatz streicht heraus, dass die Ressourcen, über die Personen verfügen, nicht im luftleeren Raum stehen: Ressourcen müssen in Kontexten eingesetzt werden, damit sie zu Lebenschancen werden. Derzeit geht die empirische soziologische Forschung zu sozialen Ungleichheiten davon aus, dass sich alle Menschen einem starken nationalen Wohlfahrtsstaat zurechnen lassen, der ihnen einen chancenreichen Kontext für den Einsatz ihrer Ressourcen bietet. Wie gezeigt, ist diese Annahme mindestens im Weltmaßstab kontrafaktisch.⁶ Eine soziologische Theorie globaler Ungleichheiten (Weiß 2017) muss Sen daher um eine Analyse dazu ergänzen, wie Menschen an ungleichheitsrelevante Kontexte gebunden sind und wodurch sie Zugang zu gut ausgestatteten Kontexten fin-

den. Dabei steht der Begriff „Kontext“ nicht nur für den Nationalstaat, sondern auch für grenzüberschreitende Produktionsketten und internationale Bildungsräume, also für ungleichheitsrelevante Rahmenbedingungen, die der Nationalstaat nicht immer und nicht vollständig kontrollieren kann.

Eine Analyse von Kontextrelationen zeigt, dass Menschen, die sich in gut ausgestatteten Kontexten befinden oder diese aufsuchen können und dort Anschluss finden, Vorteile gegenüber jenen haben, die bei gleicher Ressourcenausstattung auf nachteilige Kontexte beschränkt bleiben. Weiß (2017, S. 131) spricht von *sozial-räumlicher Autonomie*, um hervorzuheben, „dass Ressourcen nicht für sich stehen, sondern dass Lebenschancen aus dem Zusammenspiel von Ressourcen und Kontexten entstehen, so dass das Potenzial, das Passungsverhältnis zwischen Person und Kontext im eigenen Interesse zu regulieren, zu einem wichtigen Bestandteil sozial-räumlicher Autonomie wird“.

Die soziologische Theoriebildung zu Kontextrelationen lässt sich zu drei analytischen Perspektiven zusammenfassen, die je verschiedene Implikationen für sozial-räumliche Autonomie haben: Wenn man zwischen sozial differenzierten, politisch umkämpften und territorial segmentierten Kontextrelationen unterscheidet, lässt sich präzisieren, was genau der Nationalstaat für globale Ungleichheiten leistet, aber auch wie Menschen in Kontexten jenseits des nationalstaatlichen Rahmens situiert werden können.

Folgt man erstens system- und differenzierungstheoretischen Argumenten, so werden Teilaspekte von Personen *in der Beobachtung* durch Funktionssysteme und insbesondere durch Organisationen zu ungleichheitsrelevanten Eigenschaften (*properties*). Es ist also beispielsweise nicht nur die Operationskunst einer Chirurgin, die ihr besonders gute Lebenschancen verschafft, sondern sie muss u. a. von Krankenhäusern und der Ärzteschaft als Chirurgin anerkannt werden. Gelingt diese Passung zwischen Kompetenz und Organisation, so ist der Nationalstaat nicht automatisch die wichtigste Instanz dafür, ob Kontextrelationen für die Genese von Lebenschancen förderlich sind. Gerade Ärzte sind ein gutes Beispiel für eine Profession, die weltweit Anschluss an beruflich strukturierte Arbeitsmärkte finden kann. Ähnliches gilt für Kindermädchen und Bauarbeiter, wenngleich zu deutlich schlechteren Konditionen. So gesehen, wächst sozial-räumliche Autonomie durch *properties*, die breit anschlussfähig sind (z. B. ein im britischen Commonwealth standardisiertes Medizinstudium). Dagegen können Eigenschaften, die nur in einem hoch spezifischen Kontext Anerkennung genießen, dort ein hohes Maß an Lebenschancen hervorbringen. So

6 Wie wir aus der Soziologie ländlicher Räume wissen, ist auch im Inneren nationaler Wohlfahrtsstaaten keine Vergleichbarkeit von Kontexten gegeben (Barlösius/Neu 2007).

ist es leichter, Bürgermeister in Bayern zu werden, wenn man den bairischen Dialekt beherrscht. Auf dem Weg ins Bundeskanzleramt ist dieser spezielle Dialekt dagegen weniger hilfreich.

Kontextrelationen sind nicht nur sozial differenziert, sondern zweitens auch *politisch umkämpft*. Wenn die oben genannte Chirurgin aus dem Ausland kommt, so wird das Krankenhaus nicht nur ihre Operationskunst beurteilen, sondern auch ihre Staatsangehörigkeit, die Universität ebenso wie das Land ihres Studienabschlusses (Sommer 2015). Im Kollegenkreis dürfte sich außerdem die Frage stellen, ob eine Zusammenarbeit mit ihr erwünscht ist oder ob Ärzte aus ihrem Land in Tätigkeitsfelder gedrängt werden, in denen sie „niemanden stören“ und nicht aufsteigen können. Mit Blick auf politisch umkämpfte Kontextrelationen verfügen diejenigen über ein hohes Maß an sozial-räumlicher Autonomie, deren Staatsbürgerschaft weltweites Reisen und Migrieren ermöglicht. Dagegen bleiben die Staatsbürger des Jemen (fast) in „ihrem“ Land gefangen. Auch Menschen, die anhand ihres Aussehens als rassifizierte Andere stigmatisiert werden, können selbst mit hoher Ressourcenausstattung weniger erreichen als diejenigen, die für sich den Status der „Normalen“ etablieren können (Weiß 2013).

Sozial differenzierte und politisch umkämpfte Kontextrelationen sind für Menschen, die über ein mittleres und höheres Maß an Ressourcen verfügen, zentrale Komponenten der sozialen Lage. Der Ort, an dem sie im Territorium leben, ist dagegen weniger wichtig, denn sie können ihr Bankkonto online und ihre Staatsbürgerrechte mit Hilfe ihrer Botschaft auch im Ausland durchsetzen. Weiß (2017, S.148ff.) argumentiert daher, dass die dritte Art der Kontextrelation, territorial segmentierte Kontextrelationen, in ihrer Bedeutung häufig überschätzt wird, was einen Teil der Probleme hervorbringt, die mittlerweile als methodologischer Nationalismus diskutiert werden.

Jedoch bleiben das Territorium und die an ein Territorium geknüpfte Infrastruktur für besonders arme und marginalisierte Menschen wichtig. Das zeigt sich an marginalisierten Jugendlichen, deren Benachteiligung von Stadtsoziologie und Segregationsforschung herausgearbeitet wird. Sie sind mehr als andere von den Infrastrukturen abhängig, die ihnen vor Ort, in „ihrem“ Viertel, geboten werden. Würde die mehrfach erwähnte Chirurgin aus Aleppo stammen und wäre sie dort geblieben, hätte sie das hohe Maß an Ressourcen, über das sie persönlich verfügt, kaum nutzen können. Nicht nur fallen Bomben ungeachtet der Person. Es würden ihr auch die Geräte fehlen, mit denen sie kunstvoll operieren könnte. Bezüglich der dritten Kontextrelation der territorial segmentierten Kontexte wird sozial-räumliche Autonomie u. a. durch Migration erhöht. Auch wenn Menschen illegal wandern oder ihre Ressourcen entwertet werden, gewinnen sie durch geografische Bewegung Anschluss an territorial gebundene Kontaktnetzwerke und die durch sie vermittelten Beschäftigungschancen. Dagegen bleiben Menschen,

die in Gegenden ohne Infrastruktur leben und nirgendwo anders hinkönnen, in ihrer sozial-räumlichen Autonomie beschränkt.

Mit dieser skizzenhaften Darstellung kann nur angedeutet werden, dass eine präzise Analyse von Kontextrelationen mehrdimensionale soziale Lagen erfasst, die in mehr als nur einem Nationalstaat situiert sind. In Zeiten der Globalisierung muss eine Vielzahl von Relationen zu sich überlagernden Kontexten bedacht werden, wenn man verstehen will, wie Ressourcen zu Lebenschancen werden. Das Gesamt dieser Kontextrelationen wird als sozial-räumliche Autonomie ungleichheitsrelevant.

Der Begriff der sozial-räumlichen Autonomie bringt heterogene Phänomene unter ein begriffliches Dach. Bisher werden unterschiedliche Aspekte der Freiheit, vorteilhafte Kontexte zu erreichen oder in ihnen zu verweilen, gegenstandsbezogen als Rassismus, als Entwertung ausländischer Bildungsabschlüsse, als Grenzregime der EU, als essenzialisierte Wertschätzung englischer „Muttersprachlichkeit“ auf Arbeitsmärkten oder als historisch kontingente Institutionen in Bindestrichdisziplinen untersucht. Sie müssen jedoch als Indikatoren dafür verstanden werden, dass Menschen darum ringen, dass ihre sozial-räumliche Autonomie erweitert oder zumindest nicht eingeschränkt wird.

4 Kämpfe um sozial-räumliche Autonomie sind die „Klassen“-Kämpfe der Gegenwart

Wenn man Ungleichheitsdynamiken über die Grenzen des Nationalstaats hinweg betrachtet, so lassen sich einige Bruchlinien (*cleavages*) identifizieren, die die bekannte Klassenstruktur spätmoderner Industriegesellschaften zumindest ergänzen. Hier wird nur kurz darauf eingegangen, inwiefern sich die Spitze und das unterste Ende der Welteinkommensverteilung durch einen Überschuss bzw. Mangel an sozial-räumlicher Autonomie auszeichnen. Besonders aufschlussreich erscheint eine Analyse sozial-räumlicher Autonomie für die umkämpften Grenzen nationaler Wohlfahrtsstaatlichkeit, also für das Verhältnis zwischen Milanovics Punkten A und B (vgl. *Abbildung 1*).

Bezüglich der Spitze der Welteinkommensverteilung deutet einiges darauf hin, dass sich Superreiche politischer Kontrolle im Rahmen des Nationalstaats entziehen. Meist sind sie so mächtig, dass sie die Kontexte, in denen sie leben, nach ihren Bedürfnissen gestalten können. Auch befinden sich fast alle Superreichen in starken Nationalstaaten, die sehr gut ausgestattet sind, sodass sie allenfalls über kürzere Distanzen umziehen, um z. B. die Steueroase Schweiz zu erreichen (Hartmann 2016). Wer im globalen Süden reich geworden ist, kann seine sozial-räumliche Autono-

mie durch den Kauf begehrter Staatsbürgerschaften erhöhen.⁷ Milanovic (2016, S. 249) findet es daher schwierig, die (Super-)Reichen überhaupt in einen Nationalstaat einzusortieren: Wenn Menschen zwei Staatsbürgerschaften haben und abwechselnd in verschiedenen Ländern leben, hat das „zur Folge, dass das aus Irland abfließende Nettofaktoreinkommen (die Kapitalrendite) scheinbar Bürgern der Vereinigten Staaten zufließt, wenn ein Unternehmen dort registriert ist; dabei kann es durchaus sein, dass diese US-Bürger gleichzeitig russische Staatsbürger sind, die einen Steuersitz auf den Bahamas haben.“

Am anderen Ende der Welteinkommensverteilung fehlen dagegen Zugänge zu jeglicher Art von vorteilhaften Kontexten: Weder kann hier Bildung Beschäftigungschancen eröffnen (Morarji 2010), noch haben die Armen der Welt Zugang zu guter Infrastruktur. Besonders augenfällig ist die fehlende politische Repräsentation (Spivak 1994) sowohl innerhalb ihrer Länder als auch in der Weltpolitik. Die Belange der Ärmsten kommen in den Zentren der Welt, wenn überhaupt, in entstellter Form an. Internationale Organisationen sprechen bestenfalls „für“ die Ärmsten statt diese politisch zu repräsentieren und institutionelle Veränderungen herbeizuführen.⁸ Illegale Migration (Karakayali 2008) wird in den Migrations- und Sicherheitsdiskursen im Norden zu einer immensen Gefahr mit einer großen Masse potenzieller Migranten aufgebauscht, obwohl gerade die Ärmsten der Welt gar nicht in den Norden gelangen können.

Besonders informativ ist das Konstrukt der sozial-räumlichen Autonomie aber in der Mitte der Welt, also bezüglich der *cleavage*, die zwischen der ärmeren Hälfte in den reichen Ländern und den Mittelschichten des globalen Südens verläuft. Wie Milanovic richtig bemerkt, ist in der Mitte der Welteinkommensverteilung in den letzten Jahrzehnten der Eindruck entstanden, dass es langsam, aber stetig nach oben gehe. Am Punkt A in *Abbildung 1* befindet sich eine riesige Menschenmenge, die größtenteils in Ländern wie Indien oder China lebt. Sie steht in einer gewissen Rivalität mit dem globalen Norden, z. B. in Hinsicht auf Produktionsstandorte. Leicht wachsende ökonomische Spielräume, eine verbesserte Bildungs- und Gesundheitssituation sowie die Vernetzung durch Kommunikationsmedien können hier politische Bewegungen fördern, die autoritäre Regime destabilisieren, wie das beim „Arabischen Frühling“ der Fall war. Ein Zuwachs an Ressourcen kann für diejenigen, die zuvor zu arm für eine Migration waren, die Möglichkeit eröffnen, zumindest einzelne besonders vielversprechende junge Leute auf den Weg in den Norden zu schicken – in der berechtigten Hoffnung, dass diese im Erfolgsfall relativ große Geldsummen zum Lebensunterhalt der gesamten Familie beitragen werden. Das gilt weniger für China oder Indien, sondern eher für kleine Länder, die am Weltmarkt unterliegen, sodass der „Export“ eines Teils ihrer Bevölkerung einen guten Weg darstellt, um sowohl die eigene Ökonomie durch Rücküberweisungen anzukurbeln als auch das Schicksal

einiger Auswanderer und ihrer Familien zu verbessern (Clemens/Pritchett 2008; World Bank 2016).

Im Norden wird das insgesamt immer noch sehr niedrige Niveau von Süd-Nord-Migration⁹ in der Wahrnehmung übersteigert und als Bedrohung der eigenen Position konstruiert, weil durch Migration globale Ungleichheiten auch im Norden sichtbar werden. Im Verhältnis zu weltweiten Verflechtungsbeziehungen finden sich im Norden zwei gegensätzliche Interessenlagen, die sich knapp als Globalisierungsgewinner und -verlierer bezeichnen lassen (Kriesi et al. 2006). Auf der einen Seite stehen diejenigen, deren Wohl und Wehe mit dem Status ihres Nationalstaats steigt und fällt. Es handelt sich um gewerkschaftlich organisierte Metallarbeiter oder verbeamtete Lehrerinnen, also die Trägergruppen einer sozialen Marktwirtschaft, die nationale ökonomische Erfolge in eine starke Infrastruktur und Wohlfahrtsstaatlichkeit verwandelt hat und die in der Blütezeit des Fordismus sowohl ein anhaltendes Wirtschaftswachstum als auch die Versorgung der ärmeren Hälfte der Bevölkerung sicherstellen konnte.

Ihnen steht eine neu entstandene Interessenlage gegenüber, deren Angehörige vermuten oder spüren, dass es ihnen besser gehen wird, wenn deutsche Handelsketten im Ausland expandieren, wenn ihre Medizinprodukte in Afrika nachgefragt sind oder wenn Migrantinnen nachrücken, die ihnen auf dem Weg zu ihrem Schreibtischjob einen Kaffee verkaufen. Ihr Job ist vor Konkurrenz aus dem Ausland sicher, weil sie im Kern des globalen Kapitalismus arbeiten oder weil sie durch Professionsgesetze und andere spezielle Regelungen Konkurrenz ausschließen. Sie gewinnen aber Chancen, wenn sie selbst oder ihre Kinder vorübergehend oder langfristig ins Ausland gehen können.

Die Bruchlinie zwischen denjenigen, die von „ihrem“ Staat abhängig sind, und der neu entstandenen Interessengruppe, die ihnen gegenübersteht, beruht auf unterschiedlichen Niveaus von sozial-räumlicher Autonomie. Sie ist nicht mit Einkommensunterschieden gleichzusetzen, denn unter den Reicherem im Norden finden sich z. B. auch Lehrkräfte, die sehr stark von nationaler Schließung profitieren. Zur ärmeren Hälfte im Norden gehören auch Erzieherinnen, deren Bedeutung durch die notwendige „Integration“ von zugewanderten Kindern nicht nur

7 Dafür können sie sogar den Service kommerzieller Dienstleister in Anspruch nehmen (siehe beispielsweise <https://csglobalpartners.com>); vgl. auch Boatcă (2016) und Harpaz (2018).

8 Ein Beispiel unter vielen ist der jahrelange Kampf der World Trade Organization gegen Indiens kostenlose Nahrungsvorgabe an einheimische Arme.

9 Obwohl die meisten Migranten aus dem globalen Süden kommen, verbleiben viele dort bzw. wandern sie innerhalb von Ländern. Nur ein Prozent der Weltbevölkerung ist im globalen Süden geboren und lebt nun im globalen Norden (IOM 2013, S. 55).

quantitativ, sondern auch bezüglich ihres Status stark gewachsen ist.

Ebenso wenig kann man den Unterschied zwischen Globalisierungsgewinnern und -verlierern dadurch auf den Punkt bringen, dass die einen vom Staat profitieren und die anderen nicht. Fast alle, die im globalen Norden leben, profitieren faktisch von starker nationaler Wohlfahrtsstaatlichkeit. Dabei stellen direkte Transfers den kleinsten Teil dar. Wichtiger ist die öffentliche Infrastruktur, der *state of the art* medizinischer Behandlung, im Weltmaßstab hervorragende öffentliche Schulen und Universitäten, die Sicherheit im öffentlichen Raum und vieles mehr, das vom Staat finanziert wird und das Armen und Reichen fast gleichermaßen zur Verfügung steht.

Globalisierungsverlierer und -gewinner unterscheiden sich dadurch, dass die einen vermuten, sie würden in einer offenen Weltgesellschaft untergehen, während die anderen sicher sind, dass sie auch in einer EU mit offenen Grenzen gut dastehen würden. Beide befinden sich in einer Gesamtsituation, in der ihr Einkommen – wie von Milanovic für den Punkt B gut gezeigt – tendenziell stagniert. Angesichts des hohen Niveaus der öffentlichen Infrastruktur und der Lebensführung ist das vielleicht nicht schlimm, aber jedenfalls können soziale Konflikte seit längerem nicht mehr nach dem Gießkannenprinzip befriedet werden.

An dieser Stelle versagt gerade die kritische Soziologie, denn sie ist es gewohnt, für die Armen im eigenen Land zu sprechen, nicht aber die eigenen Privilegien in einer von massiven Ungleichheiten geprägten weltweiten Statusordnung zu reflektieren. Für die Gewinner von Grenzöffnungsprozessen, zu denen viele kritische Sozialforscher und -forscherinnen zählen, wäre es an der Zeit, den sozialstrukturellen Hintergrund der eigenen Position reflexiv in den Blick zu nehmen. Denn natürlich profitieren auch sie von ungleichen Handelsbeziehungen und abgestuften Statusordnungen. Sie sind lediglich der Ansicht, dass sie auch bei etwas offeneren Grenzen im globalen Wettbewerb bestehen könnten. Demgegenüber erkennen diejenigen, die durch Grenzöffnung eher verlieren als gewinnen, das Ausmaß ihrer Abhängigkeit von einem starken nationalen Wohlfahrtsstaat. Allerdings ist auch die nationalistische Lesart des Problems wenig weiterführend, denn die ökonomische Stärke des nationalen Wohlfahrtsstaats beruht gerade nicht auf Abschottung, sondern darauf, dass der Reichtum der Welt – auch durch Migration – in die Schattellen nördlicher Staaten gespült wird.

5 Fazit

Globale Ungleichheiten wurden lange durch den Vergleich von Durchschnittswerten für Länder erfasst. Gerade für den globalen Süden erzeugen Durchschnittswerte

aber empirische Artefakte. Die neuere ökonomische Forschung vergleicht daher Haushalte global im Hinblick auf ihre Einkommenspositionen in der Welt. Damit wird aber unsichtbar, dass Lebenschancen nicht nur von dem Einkommen abhängen, über das Menschen verfügen, sondern auch von ihrer sozial-räumlichen Autonomie, also ihrem Zugang zu verschiedenen ungleichheitsrelevanten Kontexten, in denen ihre Ressourcen Wert gewinnen.

Sozial-räumliche Autonomie lässt sich mit Blick auf sozial differenzierte, auf politisch umkämpfte und auf territorial segmentierte Kontextrelationen fassen. In differenzierungstheoretischer Lesart sind diejenigen Menschen sozial-räumlich autonom, deren ungleichheitsrelevante Eigenschaften breit anschlussfähig sind. Die politische Soziologie hebt hervor, dass Anschlusschancen umkämpft sind. Hier sind diejenigen im Vorteil, die über einen statushohen Pass verfügen und die beim aktuellen Stand ethno-rassistischer Kämpfe nicht stigmatisierbar sind. Die Regionalforschung schließlich betont die große Bedeutung des territorialen Ortes, an dem Menschen ihren Lebensmittelpunkt haben. So gesehen verbessern diejenigen ihre sozial-räumliche Autonomie, die Grenzbarrieren überwinden und Zugang zu infrastrukturell reichhaltigen Territorien gewinnen können.

In diesem Beitrag wurde die These vertreten, dass die Bedeutung sozial-räumlicher Autonomie für globale Ungleichheiten zwar bekannt ist, dass sich die Soziologie sozialer Ungleichheiten aber bisher nicht ausreichend systematisch mit der Relationalität von Ungleichheiten auseinandergesetzt hat. Daher zeigt eine Vielzahl von Spezialdiskursen, dass institutionelle Diskriminierung Lebenschancen beschädigt, dass Bewohnerinnen ländlicher Regionen mangels schnellem Internet von der Digitalisierung ausgespart bleiben und dass Staatsbürgerschaft nicht nur für politische Willensbildung wichtig ist, sondern auch als „Eigentum“ gehandelt wird. Diese disparaten Beispiele werden unter dem konzeptionellen Dach der sozial-räumlichen Autonomie zusammengebunden, denn Menschen ringen unabhängig von den Ressourcen, über die sie verfügen, um Zugänge, damit sie ihre Ressourcen zum Einsatz bringen und so in Lebenschancen verwandeln können. Das ist der sprichwörtliche Elefant im Raum, den die Ungleichheitssoziologie übersieht.

Zentrale politische Bruchlinien der Gegenwart lassen sich erst verstehen, wenn man eine globale Perspektive einnimmt und berücksichtigt, dass hinter Konflikten, die scheinbar nur im Inneren des Nationalstaats auftreten, tatsächlich ein grenzüberschreitendes Ringen um sozial-räumliche Autonomie steht. So ist die „Unsichtbarkeit“ der Superreichen in vielen Statistiken auch dem Umstand geschuldet, dass sie sich dem Zugriff nationalstaatlicher Kontexte entziehen können bzw. dass sie diese so gestalten, wie es ihren Interessen entspricht. Dass sie strategisch mit Staatsangehörigkeiten umgehen können, erleichtert es den Superreichen, Steuern zu hinterziehen bzw. Staaten in einen Steuerwettbewerb zu zwingen. Das

ist nur ein Beispiel dafür, wie Ungleichheiten an den Grenzen des Nationalstaats Konflikte innerhalb von Staaten strukturieren.

Auch die Lage der Ärmsten der Welt ist durch sozial-räumliche Autonomie strukturiert, in diesem Fall durch einen Mangel daran. Dabei geht es nicht nur darum, dass die Ärmsten auf schlechte Infrastrukturen beschränkt bleiben, in denen sie vorhandene Ressourcen nicht in Lebenschancen verwandeln können. Der Mangel an sozial-räumlicher Autonomie zeigt sich auch in politischer Fehlrepräsentation (Fraser 2008), denn solange politische Willensbildung fast ausschließlich innerhalb und zwischen Nationalstaaten erfolgt, bleiben grenzüberschreitende und globale Konflikte unbearbeitet. Da die Ärmsten der Welt nur sehr indirekt Zugang zur Politik nationaler Wohlfahrtsstaaten haben, die zu ihren Gunsten umverteilen könnten, wäre es für sie besonders wichtig, Einfluss auf internationale Organisationen und Regime zu nehmen, die oft mehr Einfluss auf ihre Lage haben als das Land, in dem sie leben. Solange demokratische Willensbildung aber überwiegend in und zwischen Staaten organisiert wird – unabhängig davon, ob diese Staaten im Inneren demokratisch sind oder nicht – und solange starke und reiche Staaten die Institutionen der Welt dominieren, haben die Ärmsten der Welt keinen Zugang zu politischer Repräsentation. Ob und wie dies auf Konflikte Einfluss nimmt, die derzeit innerhalb von Nationalstaaten verhandelt werden, ist ungewiss. Die Vermutung liegt jedoch nahe, dass die Bürgerkriege und Terrorgefahren, die im Norden als „Flüchtlingsströme“ wahrgenommen werden, u. a. auch auf politische Fehlrepräsentation zurückzuführen sind.

Besonders offensichtlich ist der Zusammenhang zwischen sozial-räumlicher Autonomie und politischen Konflikten, wenn man Konkurrenzen zwischen verschiedenen Mittelschichten in der Welt betrachtet. Denn hier treffen Interessen aufeinander, die sich im Kern auf die Öffnung oder Schließung der Grenzen nationaler Wohlfahrtsstaaten beziehen und deren sozialstrukturelle Grundlage noch nicht ausreichend verstanden ist. Auf der einen Seite steht die Mitte der Welteinkommensverteilung, die ihr Einkommen in den letzten Jahrzehnten relativ gesehen steigern konnte. Das führt großenteils dazu, dass die Menschen im eigenen Land bleiben wollen. Relative Einkommenszuwächse können aber auch autoritäre und korrupte Regime destabilisieren, und sie können in Ländern, die im Weltmarkt unterliegen, das Potenzial für eine Entsendung einzelner Familienmitglieder in den Norden vergrößern. Im Norden wiederum überwiegt die Erfahrung, dass Einkommen auf sehr hohem Niveau stagnieren. Konflikte können nicht nach dem Gießkannenprinzip befriedet werden, und so tritt zu Tage, dass der nationale Wohlfahrtsstaat, von dem alle im Norden erheblich profitieren, für die einen – die hier sehr knapp als Globalisierungsverliererinnen betitelt wurden – wichtig bleibt, während die anderen noch mehr Reichtum durch grenzüberschreitende Expansion erhoffen.

Der Strukturkonflikt zwischen Globalisierungsgewinnern und -verlierern wird in soziologischen Analysen vorschnell auf das Innere des Nationalstaats projiziert. Dadurch bleibt die Soziologie viele Antworten schuldig. Beispielsweise wäre im Verhältnis zu Rechtspopulisten (vgl. Koppetsch in diesem Band) zu diskutieren, ob nationales Abschotten angesichts der Komplexität einer verflochtenen Weltwirtschaft den Wohlstand des „eigenen“ Nationalstaats fördern würde und ob es nicht eher darum geht, die Erträge der Globalisierungsgewinner anders zu verteilen. Im Verhältnis zu Globalisierungsgewinnern stünde die Frage im Raum, ob sich deren Weltoffenheit in der Expansion von Märkten erschöpft und wie sie die Konflikte, die Globalisierung mit sich bringt, friedlich lösen wollen, solange ein großer Teil der Weltbevölkerung politisch fehlrepräsentiert bleibt.

Mit solchen Analysen würde die Soziologie den Elefanten im Raum benennen: Ungleichheiten entstehen nicht nur im Rahmen des Nationalstaats, sondern auch durch eine Lotterie der Staatsbürgerschaft (Shachar 2009). Die nationalstaatliche Gliederung der Welt fördert nicht nur Gleichheit im Inneren des Staats, sondern sie institutionalisiert auch Ungleichheit im Außenverhältnis. Wenn man anerkennt, dass alle Menschen ein Recht haben, nach einer Verbesserung ihrer Lebenschancen zu streben, und dass sozial-räumliche Autonomie ein Teil dieses Strebens ist, müsste man sich ernsthaft und grenzüberschreitend damit auseinandersetzen, ob weltweite Statusordnungen und Grenzregime demokratische Willensbildung ermöglichen oder ob sie in erster Linie Ressourcen monopolisieren. Gibt es nirgends eine berufliche Qualifikation, die der deutschen Erzieherin das Wasser reichen kann? Ist es sinnvoll, Milliarden in den Grenzschutz zu investieren statt Zuwanderung zu gestatten? Und kommt der Eindruck, abgehängt zu sein, nicht eher dann auf, wenn eine ländliche Region von jungen und weiblichen Menschen verlassen wird, als wenn sich dort Zuwanderer ansiedeln? Mit Antworten auf solche Fragen könnte die Soziologie einen Beitrag dazu leisten, die transnationale Dimension globaler Ungleichheiten zu erkennen.

Mittelfristig wird es aber nicht die Soziologie sein, die diese Probleme bearbeitet. Gross/Hoffer weisen in diesem Heft berechtigt darauf hin, dass Ungleichheit nicht nur dadurch abnimmt, dass die Ärmern besser geschützt werden, sondern auch dadurch, dass man unverdiente Privilegien reduziert. Hierfür ist eine politische Auseinandersetzung nötig, die dann auch weit über Fragen der Umverteilung hinausgehen müsste (Fraser 2008). Diese Auseinandersetzung wird derzeit dadurch „kleingekocht“, dass man sie an EU-Anrainerstaaten delegiert oder sie auf die Flure der Ausländerbehörden verlagert. Bisher hat man damit nur erreicht, dass ein politisches Jahrhundertprojekt wie die Europäische Union dadurch gefährdet erscheint, dass niemand eine für die gesamte EU vergleichsweise kleine Zahl von Zuwanderern versorgen will. Grenzüberschreitende politische Probleme lassen

sich aber nicht allein durch Abschottung lösen, sondern eher durch eine Ausweitung der Demokratie über die Grenzen einzelner Nationalstaaten hinweg. Ziel einer solchen transnationalen Demokratisierung sollte eine Repräsentation auch der Interessen sein, die derzeit von nationalstaatlich gewählten Regierungen und internationalen Organisationen nicht vertreten werden. Es ist dieses Repräsentationsproblem, das einer politischen Bearbeitung bedarf, denn in der Regel verschwinden Elefanten nicht aus dem Porzellanladen, wenn man sie ignoriert. ■

LITERATUR

- Arndt, C. / Volkert, J.** (2011): The capability approach: A framework for official German poverty and wealth reports, in: *Journal of Human Development and Capabilities* 12 (3), S. 311–337
- Barlösius, E. / Neu, C.** (2007): „Gleichwertigkeit – Ade?“ Die Demographisierung und Peripherisierung entlegener ländlicher Räume, in: *Prokla* 37 (1), Nr. 146, S. 77–92
- Boatcă, M.** (2015): Global inequalities beyond occidentalism, Aldershot
- Boatcă, M.** (2016): Kapital aus Staatsbürgerschaft und die globale Strukturierung des Nationalen, in: Bude, H. / Staab, P. (Hrsg.): *Kapitalismus und Ungleichheit. Die neuen Verwerfungen*, Frankfurt a. M., S. 137–153
- Bourdieu, P. / Chamboredon, J.-C. / Passeron, J. C.** (1991): *Soziologie als Beruf. Wissenschaftstheoretische Voraussetzungen soziologischer Erkenntnis*, Berlin
- Clemens, M. / Pritchett, L.** (2008): Income per natural: Measuring development for people rather than places, in: *Population and Development Review* 34 (3), S. 395–434
- Collier, P.** (2007): *The bottom billion: Why the poorest countries are failing and what can be done about it*, Oxford/New York
- CMEPSP (Commission on the Measurement of Economic Performance and Social Progress) France/Stiglitz, J. E. / Sen, A. / Fitoussi, J.-P.** (2010): *Mismeasuring our lives : why GDP doesn't add up*, New York
- Fraser, N.** (2008): Gerechtigkeit in der globalisierten Welt, in: Richter, I. (Hrsg.): *Transnationale Menschenrechte*, Opladen/Farmington Hills, S. 85–104
- Harpaz, Y.** (2018): Compensatory citizenship: dual nationality as a strategy of global upward mobility, in: *Journal of Ethnic and Migration Studies*, <https://doi.org/10.1080/1369183X.2018.1440486> (letzter Zugriff: 29. 6. 2018)
- Hartmann, M.** (2016): *Die globale Wirtschaftselite. Eine Legende*, Frankfurt a. M. / New York
- IOM (International Organisation for Migration)** (Hrsg.) (2013): *World migration report 2013: Migrant well-being and development*, Genf
- Karakayali, S.** (2008): *Gespenster der Migration. Zur Genealogie illegaler Einwanderung in der Bundesrepublik Deutschland*, Bielefeld
- Korzeniewicz, R. P. / Moran, T. P.** (2009): *Unveiling inequality. A world-historical perspective*, New York
- Kriesi, H. / Grande, E. / Lachat, R. / Dolezal, M. / Bornschieer, S. / Frey, T.** (2006): Globalization and the transformation of the national political space: Six European countries compared, in: *European Journal of Political Research* 45 (6), S. 921–956
- Lakner, C. / Milanovic, B.** (2016): Global income distribution: From the fall of the Berlin Wall to the Great Recession, in: *The World Bank Economic Review* 30 (2), S. 203–232
- Milanovic, B.** (2005): *Worlds apart: Measuring international and global inequality*, Princeton
- Milanovic, B.** (2012): Global inequality. From class to location, from proletarians to migrants, in: *Global Policy* 3 (2), S. 125–134
- Milanovic, B.** (2016): *Die ungleiche Welt. Migration, das eine Prozent und die Zukunft der Mittelschicht*, Berlin
- Morarji, K.** (2010): Where does the rural educated person fit? Development and social reproduction in contemporary India, in: McMichael, P. (Hrsg.): *Contesting development. Critical struggles for social change*, Abingdon, S. 50–63
- Pogge, T.** (2009): Die Entwicklung moralisch plausibler Indizes für Armut und Geschlechtergleichstellung: ein Forschungsprogramm, in: *Zeitschrift für Politik* 56 (3), S. 300–327
- Sen, A.** (1999): *Development as freedom*, New York
- Shachar, A.** (2009): *The birthright lottery: citizenship and global inequality*, Cambridge

- Sommer, I.** (2015): Die Gewalt des kollektiven Besserwissens. Kämpfe um die Anerkennung ausländischer Berufsqualifikationen in Deutschland, Bielefeld
- Spivak, G. C.** (1994): Can the subaltern speak?, in: Williams, P. / Chrisman, L. (Hrsg.): *Colonial discourse and post-colonial theory*, New York, S. 66–111
- Weiß, A.** (2013): *Rassismus wider Willen. Ein anderer Blick auf eine Struktur sozialer Ungleichheit*, 2. Aufl., Wiesbaden
- Weiß, A.** (2017): *Soziologie globaler Ungleichheiten*, Berlin
- World Bank** (2016): *Migration and remittances fact book 2016*, Washington

AUTORIN

ANJA WEIß, Dr., Professorin für Soziologie mit Schwerpunkt Makrosoziologie und transnationale Prozesse an der Universität Duisburg-Essen. Forschungsschwerpunkte: Soziologie Globaler Ungleichheiten, Migration von Hochqualifizierten und Lokalisierung professionellen Wissens.

@ anja.weiss@uni-due.de